

Stereotype Empörung

Die polnische Regierung heizt den Streit um das Zentrum gegen Vertreibungen an statt sich Gedanken um die Zukunft der Vergangenheit zu machen

von

Stephan Raabe

Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen

Warschau, 21. August 2006

Wer davon ausgegangen ist, dass sich mit der von der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen realisierten Berliner Ausstellung „Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ die Diskussion zu diesem Streitpunkt zwischen Polen und Deutschland versachlichen würde, sieht sich enttäuscht. Ungeachtet dessen, was in der Ausstellung tatsächlich gezeigt wird, haben sich hochrangige Vertreter des polnischen Staates wie in einem Pawlowschen Reflex ersteinmal öffentlich entrüstet. Die Ausstellungseröffnung wurde zum Anlass genommen, mit alten Ressentiments Befürchtungen in Bezug auf Deutschland zu schüren und die sowieso bereits politisch gereizte Stimmung mit Blick auf das Nachbarland zusätzlich anzuheizen. Die Opposition hält sich derweil mit Kommentaren zurück.

Premierminister **Jaroslav Kaczynski** machte das Konzentrationslager Stutthof bei Danzig zur Bühne seiner Anschuldigung, in Deutschland versuche man die Geschichte zu relativieren, deshalb müsse man daran erinnern, wer der Aggressor und wer das Opfer war. Die Ausstellung hält er für „ein ungutes, beunruhigendes und trauriges Ereignis“. Bereits im Vorfeld hatte er im nationalistischen Radio Maryja vor der Revision der Geschichte und der Grenzen durch Deutschland gewarnt. Polen müsse vorsichtig sein; denn wenn man anerkenne, dass Deutsche Opfer des Krieges gewesen seien, komme als nächstes die Frage der Grenze. In einer Erklärung des Polnischen Außenministeriums heißt es in gleicher Weise, die Ausstellung relativiere die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges, sei gefährlich, da der historische Kontext nicht dargestellt werde und eine inakzeptable Selektion der Geschichte stattfinde. Näher belegt wird dieses nicht. Der Vizeaußenminister **Pawel Kowal** von der Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) sieht dementsprechend, wie er im Fernsehen kundtat, die Beziehungen mit Deutschland durch die Ausstellung gefährdet. Auch der eher besonnene Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Parlaments, **Pawel Zalewski** (PiS), führt deutsche Versuche, das Geschichtsbild zu revidieren, als Ursache für die Krise in den deutsch-polnischen Beziehungen an. Dagegen äußerte der außenpolitische Berater des Staatspräsidenten, **Krawczyk**, dass die Ausstellung langfristig keine Folgen für die bilateralen Beziehungen haben werde. Kurzfristig halte er sie jedoch für einen Missklang und unnötigen Störfaktor.

Konsequenzen folgten auf dem Fuße: Der kommissarische Bürgermeister Warschaus und bisherige Premierminister **Kazimierz Marcinkiewicz** sagte wenig souverän seinen Besuch in Berlin anlässlich des 15. Jahrestages der Städtepartnerschaft Berlin-Warschau wegen der Ausstellung ab; sein Besuch könne missverstanden werden, gab er an. Doch wie hätte ihn jemand missverstehen können, wenn er den Besuch dazu genutzt hätte, seine Sicht der Dinge zu erläutern? Das städtische Museum Warschau, einer der sieben polnischen Leihgeber für die Vertreibungsausstellung, musste anschließend seine Exponate zurückziehen, da die Ausstellung nach Meinung des Bürgermeisters den „guten Namen Polens verletzt“. Die weiteren „Kollaborateure“ wurden von öffentlichen Stellen teilweise mit Erfolg unter Druck gesetzt, ihre Leihgaben zurückzuholen.

Die von polnischen Regierungsvertretern offensichtlich ohne Kenntnis des Gegenstandes vorgebrachten gravierenden Vorwürfe lassen sich durch die Ausstellung an sich kaum belegen. Selbst Kritiker des Zentrumsprojekts geben zu, dass von Gelüsten nach Revision und Revanche in dieser Ausstellung nichts zu bemerken ist und die dargestellten Fakten stimmen. Eine Interpretation der deutschen Vergangenheit als kollektive Opfergeschichte findet genauso wenig statt, wie eine Relativierung deutscher Schuld. Angesichts dessen fragen sich auch verständnisvolle Beobachter der polnischen Regierungspolitik, welche Ziele mit dieser polemischen Reaktion verfolgt werden. Die in wichtigen Führungskreisen in Deutschland meinungsprägende FAZ sieht im Agieren der polnischen Regierung eine politische Strategie, sich vor den Regionalwahlen im Herbst wieder einmal „als Retter des Vaterlandes vor den Deutschen“ profilieren zu wollen. Vielleicht zeigt sich darin die alte nationalstaatliche Versuchung, eine innere Zerrissenheit durch die Flucht in äußere Feinbilder zu überwinden. Dies mag kurzfristig Effekte bringen, befördert andererseits jedoch auch dumpfen Nationalismus, der innerhalb des europäischen Staatenverbundes, in dem man auf enge Kooperation angewiesen ist, denkbar anachronistisch ist und ins Abseits führt.

Fest steht, dass die Art und Weise, wie in Polen derzeit kritische Punkte im Verhältnis zu Deutschland über Gebühr betont werden, nicht zu einem guten Miteinander beiträgt. Die grundsätzlich entgegenkommende Politik der Regierung **Merkel** wird so konterkariert. Polens Präsident vermisst, wie er in einem Interview Ende Juli sagte, Zugeständnisse von der deutschen Seite. Die Brüder **Kaczynski** glauben offenbar, diese durch ein hartes öffentliches Auftreten erreichen zu können. Da täuschen sie sich. Den Weg diplomatischer Verständigung nutzen sie bislang kaum. **Zbigniew Brzezinski**, polnischstämmiger politischer Berater mehrerer US-Regierungen, warnt in der Zeitschrift *Polityka* - zum wiederholten Male - vor einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen mit Deutschland. Nur eine konstruktive Annäherung an Deutschland könne Polen zum glaubwürdigen Partner in der EU machen und gleichzeitig seine Position in Washington stärken. Das Verhältnis zur USA gilt als primäre sicherheitspolitische Staatsräson in Polen. Mit Deutschland strebt die Regierung eher eine interessenbestimmte Kooperation an, von Partnerschaft ist keine Rede mehr.

Ginge es der polnischen Regierung im Konflikt um das Zentrum in der Tat um „historische Wahrheit“, so könnte man entsprechende Initiativen von ihr erwarten. Durch bloße Obstruktion an der Sache vorbei wird der Eindruck verstärkt, dass es allein um Verhinderung dessen

geht, was einem grundsätzlich nicht passt. Der Versuch – und darum handelt es sich letztendlich –, dem Nachbarland die Erinnerungskultur tabuisierend einzugrenzen und den Vertriebenen das Recht auf Erinnerung abzusprechen, ist zum Scheitern verurteilt. Bundespräsident Köhler hat gerade dieses Recht erneut hervorgehoben. Für Deutschland geht es bei diesem Thema um die Identität eines Landes, in dem über zehn Millionen Flüchtlinge und Vertriebene und deren Nachfahren leben. Dagegen steht Polen die Möglichkeit der kontroversen Debatte und konstruktiven Beteiligung ebenso offen wie der trotzige Rückzug hinter die Barrikaden nationaler Geschichtsmymen. Diese sind nicht zuletzt auch durch das, von den Kommunisten gepflegte, Revanchismusstereotyp geprägt. Es berührt eigenartig, wenn die konservativen Freiheitskämpfer gegen die kommunistische Gewaltherrschaft in Polen sich erneut dieses Stereotyps bedienen und die Tradition der alten Geschichtsdogmen fortführen. Dazu gehört, die Geschichte der Vertreibung der Deutschen ausschließlich auf den Zusammenhang mit dem von Deutschland verbrochenen Weltkrieg zu beziehen. Dieser Zusammenhang wird genauso wie die eindeutige Schuld Deutschlands von keiner ernstzunehmenden Seite in Deutschland in Abrede gestellt, auch nicht von den Vertretern der Vertriebenen. Die Vertreibungen nach 1945 bleiben Bestandteil und Folge der von Deutschland verursachten Katastrophe. Dass aber bei diesen Vertreibungen nach dem Weltkrieg auch die Hegemonialansprüche der stalinistischen Sowjetunion und die Ideologie eines ethnisch homogenen Nationalstaates ihre unheilvolle Rolle spielten – gerade auch für die Polen, wovon in Deutschland wenige wissen –, lässt sich vernünftigerweise nicht in Abrede stellen. Es hat seine Gründe, warum die Vertreibungen im Osten und nicht im Westen Europas stattfanden.

Zu den Geschichtsdogmen gehört auch die den Vertriebenen pauschal zugeschriebene Mitverantwortung an den deutschen Verbrechen. Diese kollektivistische Sicht verbietet es einerseits, die Vertriebenen als Opfer gelten zu lassen und seien sie persönlich so unschuldig wie ein Kind gewesen, andererseits rechtfertigt diese Sicht die Vertreibung als sozusagen verdiente Strafe. Um auch hier nicht missverstanden zu werden: Es geht nicht um ein wehleidiges Selbstmitleid von deutscher Seite. Ein Land, das den Sturm der Verwüstung und Mordes über Europa und die Welt gebracht hat, darf sich nicht beklagen, wenn dieser Sturm auf es selbst zurückfällt. Aber es geht um eine differenzierte Sicht und Bewertung, die dem Schicksal der leidtragenden Menschen gerecht wird.

Die Ausstellung „Erzwungene Wege“ stellt europäische Vertreibungsschicksale des 20. Jahrhunderts, darunter auch das deutsche, in einen multidimensionalen, die hergebrachten Rechtfertigungen durchaus in Frage stellenden Kontext. In Polen ist dies – auch aufgrund jahrzehntelanger Geschichtsindoktrination – für nicht wenige schwer zu verstehen, gleicht für manchen gar einem Sakrileg an der nationalen Identität. Neben dem großen Leid, das Hitler-Deutschland über Polen gebracht hat, ist es gerade die tradierte Geschichtsauffassung, die das Zentrumsprojekt für viele als pures Gift erscheinen lässt. Gut die Hälfte der Polen (52,4 %) lehnt deshalb das Projekt ab, etwas mehr als ein Viertel (26,7 %) ganz entschieden; ein Viertel (25,8 %) hat jedoch keine Meinung und rund 13 % sehen es sogar eher positiv; der Rest (8,9 %) hält es für unerheblich. Dass diese Ausstellung gerade auch das polnische Schicksal unter deutscher und russischer Gewaltherrschaft und die Vertreibung der Polen aus dem Osten nach

dem Kriege darstellt, übrigens in einem umfangreicherem Maße als die Vertreibung der Deutschen, wird darüber kaum wahrgenommen. Es wäre allerdings ein guter Ansatzpunkt für eine ausgewogene Bewertung, wenn man dies denn mit Blick auf eine vertrauensvolle Beziehung beider Länder politisch wollte.

Was wohl bleibt, ist das abgrundtiefe Misstrauen in Polen gegenüber der Trägerschaft des Zentrumsprojekts, die heftige Aversion gegen die Person **Erika Steinbach**. Hier hat Bundestagspräsident **Norbert Lammert** jedoch bei der Eröffnung der Berliner Ausstellung darauf hingewiesen, dass es unbeschadet gesellschaftlicher Initiativen, wie der der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen, weiter Aufgabe der Regierung bleibe, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen im Geiste der Versöhnung und in Verbindung mit dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität in Berlin ein sichtbares Zeichen zu setzen, um an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten. Auch dies ist ein guter Ansatzpunkt für die polnische Regierung, vorausgesetzt sie ist überhaupt zu einer Zusammenarbeit in diesem Bereich bereit und sieht das Netzwerk nicht nur als Verhinderungsstrategie.

In den Medien Polens fand die Ausstellungseröffnung unterdessen breite Beachtung, wenngleich andere Themen wie die vereitelten Terroranschläge in London im Vordergrund standen. Der übereinstimmende Tenor lautet: Diese Ausstellung diene nicht dem gegenseitigen Verständnis und beeinträchtige die Beziehungen beider Länder miteinander. Zugegeben wird, dass die dargestellten Fakten korrekt seien. Als Hauptkritikpunkt wird genannt, die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges komme nicht ausreichend zum Ausdruck, belegt wird diese Behauptung nicht.

Die Entscheidung von Marcinkiewicz, seinen Berlin-Besuch abzusagen, wird auch in Polen von verschiedenen Blättern kritisch kommentiert. Die liberale **Gazeta Wyborcza** meint dazu in luzider Klarheit: Statt grotesker Reaktionen á la Marcinkiewicz sollte eher überlegt werden, was Polen und Deutsche gemeinsam tun könnten im Bereich des historischen Gedenkens. Die konservative **Rzeczpospolita** sieht keinen Grund für eine so emotionsgeladene Reaktion aus Warschau. Die politischen Magazine tragen in dieser Woche durch eine nüchterne Information und Bewertung zur Versachlichung bei. In der polnischen „**Newsweek**“ heißt es unter der Überschrift „Versuchsballon“, diese Ausstellung klage überhaupt nicht an und provoziere nicht, sei aber nur ein Vorläufer für das wesentlich problematischere Zentrum gegen Vertreibungen. In der linksliberalen „**Polityka**“ wird die Ausstellung unter der Überschrift „Wir sollten das alte Jahrhundert beenden“ vom Deutschlandexperten **Adam Krzeminski** beschrieben, der bei der Ausstellungseröffnung dabei war. Er weist darauf hin, dass nur von interessierter politischer Seite die Resonanz in Polen laut gewesen sei. Polen sollte sich an der Vorbereitung einer Dauerausstellung zu diesem Themenbereich im Deutschen Historischen Museum beteiligen, die auch den Prozess der Versöhnung darstellen könne. In der konservativen „**Wprost**“ ruft der in Berlin tätige polnische Anwalt **Stefan Hambura** unter der Titelzeile „Reinigung der Erinnerung“ zur Beendigung der polnischen Passivität im Konflikt um die Zukunft der Vergangenheit auf und plädiert für ein polnisches historisches Zentrum in Berlin.